

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Mittwoch, 9. April 1890.

Nummere von Inzerat: Schulstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler,
G. L. Daube, Invalidentasche, Berlin. Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld. W. Thienes, Greif-
wald. G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg.
Heinr. Eisler, Joh. Nothmann, A. Steiner, William Wilkens.
Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 8. April. Der „Neichs-Anzeiger“

bringt folgende Verordnung:
Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher
Kaiser, König von Preußen etc.
verordnen auf Grund des Artikels 12 der Ver-
fassung, im Namen des Reichs, was folgt:

Der Reichstag wird berufen, am 6. Mai
dieses Jahres in Berlin zusammenzutreten, und
beauftragt Wir den Reichstagskanzler mit den zu
diesem Zweck nötigen Vorbereitungen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhän-
digen Unterschrift und beigedrucktem kaiserlichen
Insigel.

Gegeben Berlin, den 8. April 1890.
(L. S.) Wilhelm.
von Caprivi.

Der Kaiser und die Kaiserin hatten sich
am ersten Osterfeiertage zum Gottesdienste nach
der Garnisonkirche begeben. Nachdem der Kaiser
nach Beendigung desselben kurze Zeit im Schlosse
verweilt, begab sich derselbe von dort zu Fuß
gegen 12 Uhr zur Carolinengasse nach dem
Zoo, woselbst derselbe dann auch die Ge-
nerale und Regimentskommandeure um sich ver-
sammelte. Am Nachmittag um halb drei
nach Aufhebung der Mittagspause, unternahm der
Kaiser eine gemeinschaftliche Spazierfahrt nach
dem Tiergarten, während welcher derselbe am
Schlosse Bellevue die königliche Equipage verließ,
um einige Zeit im Schloßpark zu verweilen, wo-
selbst auch die kaiserlichen Prinzen anwesend
waren. Nach dem Schlosse zurückgekehrt, erledigte
der Kaiser noch längere Zeit Regierungsgeschäf-
ten. Der Kaiser arbeitete während der
heutigen Morgenstunden zunächst von 7½ Uhr
ab im hiesigen königlichen Schlosse allein und
unternahm darauf gegen 9 Uhr mit der Kaiserin
eine gemeinsame Spazierfahrt nach dem Tier-
garten, von welcher derselbe gegen 10 Uhr zu-
rückkehrte. Gleich darauf empfing der Kaiser
abends den Reichstagskanzler von Caprivi zu einer
Konferenz und hörte von 10½ Uhr ab die Vor-
träge des Kontre-Admirals Köster, sowie später
des Kapitäns zur See Freilich von Senden
und arbeitete abends von 11½ Uhr ab noch
längere Zeit mit dem Generalleutnant v. Dabow.
Am Nachmittag um 12½ Uhr empfing der
Kaiser einige Generale und andere hohe Offiziere
zur Abhaltung persönlicher Besprechungen, und er-
theilte abends unmittelbar darauf dem deutschen
Gesandten in Mexiko Freiherrn von Sedow und
einigen anderen Personen, die nachgesuchten
Audienzen. Am Nachmittag um 1½ Uhr be-
gaben sich der Kaiser und die Kaiserin mittels
Sonderwagens von Berlin nach Potsdam und, nach
erfolgter Ankunft daselbst, nach dem dortigen
königlichen Stadtschlosse, um der Feier des Ge-
burtstages der Prinzessin Friedrich Leopold beizu-
wohnen.

Die gestern hier im Zentralhotel unter
dem Vorhange des Stadtrathes: Minister-Versam-
lung, aus allen Theilen Deutschlands be-
suchte außerordentliche General-Versammlung des
deutschen Droginen-Verbandes hat folgende Reso-
lutionen beschlossen:

1) Die General-Versammlung des deutschen
Droginen-Verbandes spricht als Vertreterin der
deutschen Droginen einer hohen Reichsregierung
ihren aufrichtigen Dank aus für das feierliche und
auch durch Erlass der neuen Verordnung über
den Verkehr mit Argemitteln bewiesene Wohl-
wollen, welches dadurch seinen Ausdruck gefunden
hat, daß noch eine weitere Anzahl Geheimeittel
dem freien Verkehr überlassen worden sind.

2) Die General-Versammlung hält es zur
Zeit nicht für angebracht, gegen den Inhalt dieser
Verordnung vom 27. Januar 1890 anzukämpfen,
obgleich dieselbe nicht die Erfüllung der aus
gesprochenen Wünsche bringt und in ihrer Fassung
noch immer verschiedene Auslegung zuläßt; da-
gegen hat sie das feste Vertrauen, daß bei einer
wiederkehrenden Revision die hohe Reichs-Regie-
rung die fühlbaren Mängel in der Form der
Verordnung abstellen, sowie weitere Freiheiten,
denen gesundheitspolizeiliche Bedenken nicht ent-
gegenstehen, zu gewähren bereit sein wird.

3) Um eine gleichartige Auffassung der neuen
Verordnung zu ermöglichen, wird die Aus-
arbeitung eines Kommentars auf Grund der
gerichtlichen Entscheidungen und der Erfahrungen
des Verbandes beschlossen.

4) Der Vorstand wird beauftragt, durch
eine besondere Denkschrift eine Auslegung der
neuen Verordnung herbeizuführen, in welcher
klarheit über die freiziehenden Punkte geschaffen
wird und zugleich die Wünsche für die Zukunft
zum Ausdruck gelangen.

Einer Bekanntmachung der Hauptver-
waltung der Staatsdomänen zufolge ist das allen
Besitzern preussischer Konjols zugängliche Staats-
schuldenbuch auch im Geschäftsjahre 1889-90 rege
in Anspruch genommen worden. Die Zahl der
eingetragenen Konten betrug am 1. April 1889:
6781 mit 387,804,400 Mark, ist bis zum
1. April 1890 auf 7871 Konten mit 451,137,600
Mark gestiegen. Von den letztgedachten Konten
fallen 84 Prozent auf Kapitalien bis zu 50,000
Mark und 16 Prozent auf größere Anlagen, ganz
wie im vorigen Jahre. Von den Konten-
inhabern wohnen 7038 in Preußen, 755 in an-
deren Staaten Deutschlands, je 11 in England
und Frankreich, 40 in verschiedenen anderen
ausländischen Staaten Europas, 16 in außer-
europäischen Ländern. 521 Konten sind für be-
rühmte und unter Pflegschaft stehende Per-
sonen angelegt, 105 mehr als vor einem Jahre.
Die Vermehrung ist als eine Folge des Hin-
zuwuchses auf § 24 des Gesetzes vom 20. Juni 1883
zu betrachten, welchen der Herr Justizminister
durch eine öffentliche Bekanntmachung vom 24.
April v. J. an die Gerichte erließ. Da das für
die Mündel in preussischen Konjols angelegte
Vermögen durch die Eintragung in das Staats-
schuldenbuch besonders gesichert wird, dürfte eine
Benutzung des letzteren seitens der Vormünder
noch in weiterem Umfange zu erhoffen sein.
Das Buch ist überhaupt allen denjenigen Be-
sitzern solcher Konjols von Nutzen, für welche
diese Papiere eine dauernde Anlage bilden und
welche Kapital und Zinsen gegen den Schaden
unbedingt sichern wollen, für ihnen, so lange
ihre Rechte von dem jeweiligen Besitze der
Schuldbesitzerungen und der Zinsgewinne ab-
hängig ist, durch Diebstahl, Verbrechen oder son-
stiges Abhandlungsmittel dieser Urkunden nicht
entsetzt.

— In dem preussischen Etat für 1890-91
ist zu Versehen über die Fortbewegung von
Schiffen auf Kanälen ein einmaliger Betrag von

120,000 Mark ausgeworfen. Diese Verjunge-
n sollen hauptsächlich im Interesse des Dortmund-
Ems-Kanals unternommen werden und zwar auf
dem bereits im Betriebe befindlichen Theile des
Dortmunder Kanals zwischen dem Seebinssee und
Kürstmalde. Es wird beabsichtigt, auf dieser
kanalstrecke Verjunge nach zwei verschiedenen
Richtungen anzustellen, einmal mit einem Seil
ohne Ende, welches an den Ufern des Kanals
durch Maschinenkraft in Bewegung gesetzt wer-
den und den Schiffen Gelegenheit geben soll,
sich daran anzuhängen und hierdurch fortziehen
zu lassen, sodann mit kleinen Lokomotiven, welche
auf Schienen an den Ufern entlang laufen, die
Schiffe unmittelbar ziehen sollen. Die Verjunge
werden jedenfalls schon in nächster Zeit ihren
Anfang nehmen. In Fachkreisen soll übrigens
angehängt kein Zweifel herrschen, daß die
Verjunge zu Gunsten des Rheins durch Lokomo-
tiven ausfallen werden. Für den „Seil ohne
Ende-Betrieb“ soll die Strecke Dortmund-Ems-
kanal viel zu lang sein.

Die der „Reichs- und Staats-Anzeiger“
melbet, ist dem Wirklichen Geheimen Legations-
Rath Humbert die Leitung der Personalien- u.
Abtheilung des auswärtigen Amtes und dem Ge-
heimen Legations-Rath Dr. Krauel die Leitung
der neuerrichteten Kolonial-Abtheilung im aus-
wärtigen Amt übertragen worden.

Auf Grund der kürzlich vom „Reichs-
Anzeiger“ veröffentlichten amtlichen Statistik über
die Vergarbeiterlöhne im Jahre 1889 ist von
fachverständiger Seite ein Vergleich der Verhält-
nisse im Saarbrücker und im Dortmunder
Revier aufgestellt. Danach betrug im genannten
Jahre die Durchschnittszahl der Arbeiter in
Saarbrücken 25,666, in Dortmund 112,171, die
auf den Kopf und das Jahr verfallenden Schichten
289 und 308, die Dauer der Schicht unter Ein-
schluß von Ein- und Ausfahrt 9½ und 8½
Stunden, die Gesamtlohnsumme 23,947,936
Mark und 105,475,584 Mark. Der reine Durch-
schnittslohn eines Arbeiters betrug in Saarbrücken
für die Schicht 3,24 Mark, für die Stunde 33,2
Pfennige, für das Jahr 936 Mark, in Dortmund
für die Schicht 3,05 Mark, für die Stunde 33,9
Pfennige und für das Jahr 939 Mark.

In einem Briefe aus Petersburg be-
richtet der „Soleil“, man habe sich seit 1870
dort noch nie so für Deutschland interessiert, wie
jetzt; man bedauere den Mangel des Fortschritts
in Deutschland und habe Miftrauen in die Zukunft.
Wie er mit Italien und Oesterreich gethan, so
wolle sich Kaiser Wilhelm II. ganz Europa unter-
werfen. Frankreich werde ihm in seiner Verein-
samung keinen Widerstand leisten können. Dann
werde Rußland Europa vom „deutschen Joch“
befreien, wie es schon 1811 die Herrschaft Napo-
leons gebrochen. Die Lage sei jetzt dieselbe.
Deutschland wolle Europa Gesehe aufzuweisen,
denen sich Rußland nie unterwerfen könne. Wenn
Rußland sieze, so werde sich das öffentliche Ge-
wissen in ganz Europa zu seinen Gunsten er-
heben und Europa werde dann Rußland seine
Freiheit zu danken haben.

Es verdient bemerkt zu werden, daß außer
der benutzten Preffe nur das Organ des
Grafen von Paris den Tag gegen Deutschland
so weit treibt, von Rußland die „Befreiung
Europas“ zu erhoffen.

Die internationalen Widerfacher des
Dreibundes kultiviren neuerdings das Prophe-
tenthum. Nachdem der langjährige ungarische
Ministerpräsident Koloman Tisza gestirbt wor-
den, nachdem Fürst Bismarck sich in das Privat-
leben zurückgezogen, erheben in Italien die Feinde
des dortigen leitenden Staatsmannes ihr Haupt
leider als je und wo immer in Europa Parteien
und Pressorgane sind, welche mit der italienischen
Opposition gegen die Politik des Herrn Crispi
an demselben Stränge ziehen, kann man täglich
von neuem die Weisung des hiesigen, man-
nlichen Eintritts einer Ministerkrise in
Italien aussprechen hören. Der ungenügende
Eifer, mit den als Vorläufer des Dreibundes
bekannten europäischen Staatsmännern mög-
lichst bald und möglichst gründlich aufgeräumt
zu werden, läßt den Sensationspolitikern offenbar
keinen Augenblick Ruhe. Da sie sich in den
Gang der inneren Angelegenheiten Italiens nicht
direkt einschließen können, so thun sie wenigstens
indirekt, was in ihren Kräften steht, indem sie
sich zum gegenseitigen Sprachrohr der italienischen
Oppositionsbestrebungen machen und die Lage des
Ministeriums Crispi als im höchsten Maße ge-
fährdet hinstellen. In sich selbstgehebelte Ge-
fälle werden tendenziös kommentirt; stereotyp ge-
wordene Worte und Handlungen der Opposition,
denen jahrelang niemand eine besondere Trag-
weite beimaß, sollen nun auf einmal den Anfang
vom Ende vorstellen, in den Reihen der regie-
rungsfeindlichen Mehrheit sollen Zeichen einer
unzufriedenen Bewegung bemerkbar werden und
sich schließlich in eine Verwirrung verwandeln,
wenn man ihnen die Mächtigkeit nicht gar zu deut-
lich anmerkt. Den Dreibundsgegnern an Seine
Majestät könnte allerdings kaum etwas Ange-
nehmeres passieren, als wenn Rom ein Seiten-
stück zu den in Pest und Berlin eingetragenen
Wandlungen liefe und — was ihr ist es, daß
niemand eine Garantie auch für eine verhältniß-
mäßig nahe Zukunft zu übernehmen vermag.
Nur der Augenblick aber fällt Herr Crispi die
Fähigkeit der Regierung fest in der Hand, und daß
eine akute Krisis nicht in der Luft liegt, beweist
gerade das Verfahren der Opposition, welche
ihre Mienen nicht zur sofortigen Sprengung ein-
richtet, sondern sich den Gebrauch bei den nächsten
allgemeinen parlamentarischen Neuwahlen. Zu
diesem Zweck ist ein oppositionelles Zentral-
komitee in der Sitzung begriffen, dessen Präsi-
dent die Herren Nicotri, der ehemalige Finanz-
minister Magliana und Tognani übernommen
haben. Herr Crispi läßt sich durch die
Haltung dieses Triumvirates nicht einschüchtern,
er vertraut auf die Besonnenheit und den ge-
sunden Menschenverstand der Wähler. Es
muß dahin gestellt bleiben, ob Herr Crispi
solchergehalt die politische Reife der breiten Masse
nicht etwas zu hoch bewerthet; immerhin hat er
den einen ungeheuren moralischen Vortheil vor-
aus, daß er der Vertrauensmann des Königs ist
und in dieser seiner weltwundigen Eigenschaft im Vor-
schein hoch über alle Verdächtigungen erhaben ist,
welche etwa den patriotischen und nationalen Cha-
rakter seiner Politik, namentlich der auswärtigen,
in Zweifel ziehen möchten. Herr Crispi hat
seiner Könige und Vaterlande die größten Dienste
erwiesen und wird noch mehr als hinreichend

Gelegenheit finden, dieses sein erprobtes Wir-
ken fortzusetzen. Als echte Demagog, die sie
sind, werden ihm die Oppositionsmacher den
finanziellen Reiterpunkt vor, als ob irgend ein
Staat in der Welt, so groß auch sein, seine Aufgabe in
betrieblender Weise lösen könnte ohne Einsetzung
aller seiner Kräfte — auch der finanziellen. Wenn
die finanzielle von der politischen Entwicklung
eines Staates überholt wird, so wird der lokale
Patriot daraus den Schluß ziehen, daß das Niveau
der Finanzen auf das Niveau der Allgemein-
entwicklung gehoben, nicht aber letztere auf das
mangelhafte Niveau der Finanzen herabgedrückt
werden muß. In diesem Sinne dürfte der
Kampf des leitenden italienischen Staatsmannes
gegen die oppositionellen Kräfte mit Aussicht
auf Erfolg durchzuführen sein.

Meist als 2000 Schuhmacher waren
heute in dem Saale der Bräuterei Friedrichshagen
versammelt, um über den Eintritt in einen Streik
zu beschließen. Nach einem Referat des Herrn
Bogdanowitsch und einer kurzen Diskussion, welche
bezüglich der Verhandlung des Kohartars zeitlich ein-
geschränkt werden mußte, beschloß die Versamm-
lung den Streik in diesem Frühjahr. Der Be-
schluß lautet: „1) Sammtliche Schuhmacher des
Reichs, welche aus Kundschäpftmacherei, Export,
Hand- und gewerbliche Arbeit beschäftigt sind, sollen
alsbald in den Streik eintreten. 2) Dagegen
werden diejenigen, welche in der Balk- und Fä-
schungsarbeit beschäftigt sind, da nicht Saison ist,
weiter arbeiten.“

Wie die „N. N.“ berichtet, hat der
Kaiser die feierliche Kaiser-Alexander-gelegen-
heit seines letzten Besuchs in Berlin ausge-
sprochene Einladung zu den großen Mandoern
der russischen Garde im Lager von Krakow
Sofort nunmehr definitiv angenommen und folches
dem Jaren durch den hiesigen Vorkämpfer in
Petersburg, General von Schweinitz, welcher
jüngst zum Ordensfest hier verweilt, über-
mittelt lassen. — Die Mandoern beginnen Anfang
August (n. St.).

Der Kaiser hat die Einladung der Stadt
Bremen, wie er in einem an den dortigen Senat
gerichteten Schreiben kündigt, für den 21. April
angenommen. Es werden von der alten Hanse-
stadt großartige Vorbereitungen getroffen, um den
Kaiser würdig zu empfangen. Bei Besichtigung
der Börse wird der hohe Gast von dem Präsi-
den der Handelskammer begrüßt werden. Des Wei-
teren wird beabsichtigt, dem Kaiser in der Börse
eine musikalische Entzignung darzubringen; der
Dramaturg Dr. Vulliampt hat ein Gedicht ver-
faßt, zu welchem Professor Trommsdorff eine
Komposition für gemischten Chor und Orchester
geschrieben hat.

Einem Kurier vom Reichsamt des Innern Dr.
Bosse und dem Ges. Ober-Regierungs-Rath von
Wolke bearbeitete Kommentar zum Invaliditäts-
und Altersversicherungs-Gesetz erschienen. Eine
kleinere Zeitschrift des Gesetzes vom 22. Juni
1889 mit Anmerkungen vom Ges. Ober-Regie-
rungs-Rath von Wolke ist schon seit längerer Zeit
vielfach im Gebrauch.

Graf Herbert Bismarck ist, wie dem
„Hamb. Corr.“ gemeldet wird, wieder in Berlin
angekommen. Er wird ein Abschiedessen geben,
bei welchem der Kaiser sein Erscheinen zugesagt
haben soll.

Nach einer Bekanntmachung des Stell-
vertreters des Reichskanzlers ist zwischen dem
deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn eine
Vereinbarung des Inhalts getroffen worden,
daß Leichnässe, welche von den zuständigen
Behörden des einen Landes ausgestellt sind, auch
im anderen für die Zulassung der Leichen zur
Versepderung auf Eisenbahnen als gültig aner-
kannt werden.

Wie die „N. N.“ meldet, wird den
neuesten Dispositionen zufolge der Kaiser vor
mit dem Lebnagsgeheimen heimkehrenden
Kreuzer-Korvette „Irene“ nicht entgehen, son-
dern sie nur vor Wilhelmshafen empfangen.
Zu diesem Zwecke wird der Kaiser am 21. April,
Abends, in Bremerhaven eintreffen, der-
nach am 22. April, Morgens, auf einem
Schiffe des Norddeutschen Lloyd nach Wilhelmshafen
fahren, um Nachmittags bei der Insel
Wangeroog mit dem Geleitschiff und der
„Irene“ zusammenzutreffen. Am 23. April wird
der Kaiser dann von Wilhelmshafen wieder ab-
reisen.

Die preussische Militärverwaltung hat,
nach einer Hamburger Meldung der „Magne-
tischen Zeitung“, nach Steier in Steiermark
eine Kommission entsendet, welche beauftragt ist,
die in der dortigen Gewerbfabrik für Preußen
bestellten 300,000 kleinschüssigen Repetiergewehre
abzunehmen und deren Fabrikation zu beaufsichtigen.
Die Kommission besteht zur Zeit aus
einem Stabschef, mehreren Subaltern-Offi-
zieren, einem Oberbühnenmacher, einer Abthei-
lung Büchsenmachern, Unteroffizieren und Sol-
daten. Das Kommando ist auf sechs Monate
berechnet und die verheiratheten Büchsenmacher
haben ihre Familien dorthin mitgenommen.
Diese erhalten eine tägliche Zulage von 10,50
Mark und 600 Mark Vergütung für den
Umzug.

Auf allerhöchsten Befehl trägt die könig-
liche Familie nach Ablauf der Hoftrauer um
Ihre hochseligste Majestät die Kaiserin und Künig-
in Augusta noch bis zum 7. Oktober d. J. zu
militärrauchen.

Der Antikslawerei-Konferenz sind betref-
fend des internationalen Ueberwachungs- und Aus-
kunftsbüreaus in Brüssel, welches die Ausfüh-
rung der von der Konferenz beschlossenen Maß-
regeln kontrolliren soll, nach der „Independance
belge“ folgende Punkte zur Verhandlung unter-
breitet worden:

Kapitel V. § 2. Neue Vorschläge: 1) In
Brüssel wird ein internationales Bureau einge-
richtet, in welchem sammtliche Vertragsmächte,
oder diesen noch beitreten, sich vertreten lassen
können. Dieses Bureau hat den Zweck, zwischen
den Mächten den Austausch von Dokumenten und
Mittheilungen, wie sie unten näher bezeichnet
werden, zu vermitteln, die Mächte in den Stand
zu setzen, sich über die Ausführung der Bestim-
mungen des Vertrages, sowie über die Verbesser-
ungen, die er im Gefolge hat, zu unterrichten.
2) Die Vertreter der Vertragsmächte in Brüssel,
welche dieses wünschen, bilden mit einem Ver-
treter Belgiens den Verwaltungsrath des inter-
nationalen Bureau. Sie ernennen dessen Aus-
führungspersonal und bestimmen dessen Gehalt.
Sie versammeln sich wenigstens zweimal im

Jahre, im Monat Februar auf Einberufung sei-
tens des Vertreters Sr. Majestät des Königs der
Belgier, zu dem Zweck, um die Mittheilung des
Jahresberichts und die Berichte der Geschäfts-
führung seitens der Direktion des Bureau ent-
gegenzunehmen und dieselben zu prüfen. 3) Der
Verwaltungsrath des Bureau zu Brüssel übt
das Recht der Kontrolle über die Verwaltung
und die finanzielle Führung des internationalen
Bureau in Sanftmuth, sowie der Hilfsagenturen.
Er prüft deren Organisation und Budget und
trägt Sorge für die Flüssigmachung der dort
vorgezeichneten Ausgaben. 4) Die Mächte theilen
dem Bureau so ausführlich als möglich die An-
ordnungen mit, welche sie zur Sicherung der
Ausführung des Vertrages getroffen haben. Diese
Mittheilungen enthalten namentlich: a. den Text
der bestehenden Gesehe und Verwaltungsbestim-
mungen oder der in Ausführung der Vertrags-
bestimmungen noch erlassenen; b. Auskünfte, be-
treffend den Handel mit Waffen, Kriegsmunition
und Spirituosen; c. statistische Aufstellungen,
betreffend die oben angeführten Gesehe und Be-
stimmungen; d. die mitgetheilten Bestimmungen
und statistischen Erhebungen nach den Fest-
setzungen des Art. XI Kap. IV seitens der im
ersten Artikel desselben Kapitels erwähnten
Mächte; e. den Jahresbericht des internationalen
Bureau in Sanftmuth über seine Thätigkeit und
diejenige der Hilfsagenturen, errichtet gemäß
Artikel VI und VII des Kapitels V, diese Be-
richte werden gemacht in Bezug auf die Gesehe,
Verordnungen, Bestimmungen, nach Maßgabe
wie sie erlassen sind und hinsichtlich der sta-
tistischen Erhebungen, die, sobald wie möglich,
nach jeder Ausführung zu machen sind; f. die Do-
kumente und Mittheilungen werden in Hefen ge-
sammelt und periodisch veröffentlicht und allen
beistehenden Mächten zugestellt. Diese Hefen wer-
den in Jahressbänden vereinigt, denen der unter
b vorgezeichnete Bericht vorgeordnet ist. Dieser
Bericht enthält außer einer Uebersicht der Ge-
sehe, Verordnungen und statistischen Dokumente,
wie unter c erwähnt ist, eine Darlegung des
Standes der Ausführung des Vertrages, der er-
zielten Erfolge, oder der Rücks, die sich ergeben
haben. 5) Die Kosten des internationalen Bu-
reaus in Brüssel werden zu gleichen Theilen von
allen denjenigen Mächten getragen, welche den
Wunsch ausgedrückt haben, in dem Verwaltungs-
rath vertreten zu sein. Sie dürfen 25,000
Franken das Jahr nicht übersteigen.

Frankreich.

Man schreibt aus Paris: Schon des
öfteren ist berichtet, mit welchem Eifer die Heer-
leitung und das Parlament an der Rüstung
der Armee arbeiten. Augenblicklich treibt alles
auf die Theilung des 6. Korps hin. Ein Um-
stand aber macht offenbar der Kriegs-Verwaltung
viel Kopfzerbrechen, das ist die Konfusion in der
finanziellen Verwaltung, welche, einmal einge-
rissen, offenbar nicht mehr auf gesunden Grund
zu stellen ist. So hat der Minister de Frey-
cinet wohl ein Budget für die Neu-Organisation
der Armee aufgestellt, welches viel Geld ver-
schlingt, aber er scheint aus den Verlegenheiten
nicht heraus zu kommen. Beurlaubungen zu
Guten und Weinen, ein Dispens verschiedener
Personen, das Nichtbegehen etatsmäßiger
Stellen und ähnliche Dinge müssen die Bücher
aufstopfen helfen, die sich immer mehr zu er-
weitern scheinen, bis der Minister gezwungen
sein wird, neue Millionen zu fordern, um wieder
in das finanzielle Gleichgewicht zu kommen.

In verschiedenen deutschen Zeitungen wird
ein Schmährartikel gegen den deutschen Kaiser ge-
druckt, der von dem benutzten Schand-
blatt „La Cocarde“ veröffentlicht worden ist und
mit den Worten „qu'on le tue“ anfangt und
endet. Es wird dann gleichzeitig erwähnt, daß
vor Kurzem ein Blatt ähnlicher Sorte,
„Egalite“, einen Artikel gebracht habe, in
welchem ebenfalls zur Ermordung des deutschen
Kaisers aufgefordert wurde, worauf die Regie-
rung eine gerichtliche Verfolgung gegen dieses
Journal angedroht habe. Dazu möchte ich be-
merken, daß allerdings eine Aeußerung des dama-
ligen Ministers des Inneren Spuller darauf
schließen ließ, die Regierung halte es für ihre
Pflicht, gegen einen solchen unerhörten Miß-
brauch der Pressefreiheit einzuschreiten, daß es
aber bei dieser Aeußerung geblieben ist. Be-
kanntlich befindet sich in dem gegenwärtigen Preß-
gesehe ein Artikel, wonach wegen Beleidigungen
und Schmähungen fremder Souveräne ein Jour-
nal nur dann gerichtlich verfolgt werden darf,
wenn der beleidigte Souverän einen beglaubigten
Antrag stellt. Es fragt sich nur, ob dieser Ar-
tikel Bezug hat auf eine direkte Aufforderung
zum Mord eines Souveräns. Jedenfalls sind
hier bedeutende Irrthümer der Ansicht, daß trotz
des die Aktien der Staatsanwaltschaft beschrän-
kenden Artikels des Preßgesetzes in diesem Falle das
Journal wegen Aufreizung zu einem Verbrechen
verfolgt werden könnte. Die Juristen der Re-
gierung scheinen eben diese Ansicht nicht zu
theilen. Es mag übrigens hervorzuheben werden,
daß kein einziges Journal der fraglichen
Artikel der „Egalite“ und der „Cocarde“ Er-
wähnung gethan hat.

Paris, 5. April. Der Generalprokurator
hat nun doch Verfolgung des Journals „Egalite“
wegen Aufreizung zum Mord beschlossen. Die
Sache wird bereits nächsten Dienstag vor dem
Pariser Schwurgericht abgeurtheilt.

Belgien.

Brüssel, 4. April. Wie den Lesern bereits
bekannt, wird das 25jährige Regierungsjubiläum
Sr. Majestät des Königs und die 60jährige
Unabhängigkeitsfeier Belgiens gleichzeitig im
Monat Juli begangen werden. Um sich fallen
diese Ereignisse eigentlich nicht zusammen. Denn
Belgien errang seine Unabhängigkeit in den letz-
ten Septembertagen 1830 und König Leopold I.
bestieg am 10. Dezember 1835 den Thron, wurde
also erst am 10. Dezember 1890 sein 25. Re-
gierungsjahr vollenden. Da aber die Winters-
zeit sich schlecht zu öffentlichen Festen eignet,
so wurde im Einvernehmen mit Sr. Majestät be-
schlossen, die Feier schon im Sommer abzuhalten
und den 21. Juli, den Tag, an dem Leopold I.
den Boden Belgiens betrat, als Mittelpunkt der
Feier zu bezeichnen. Soweit wäre eine voll-
ständige Einigung erzielt, wenn nicht auch in
dieser Frage ein Konflikt zwischen der Regierung
und der Hauptstadt ausgebrochen wäre. Der
Gehang dieser neuen leidigen Angelegenheit ist

der folgende. Bekanntlich hat König Leopold II.,
welcher an sich öffentliche Feste um seine Person
herum nicht gern sieht, den Wunsch ausgesprochen,
man möge von der Veranstaltung öffentlicher
Feste aus Anlaß seiner Jubelfeier absehen und
lieber das so ersparte Geld zur Gründung einer
Unfall-, Kranken- und Invaliden-Versicherungs-
Kasse verwenden. Der Brüsseler Gemeinderath,
welcher sich für geräuschvolle Feste weniger aus-
drucksfähig erweist, als aus geschäftlichen
Rücksichten beizustimmen, bestand nichtbedenklicher
darauf, im Monat Juli eine Reihe von Volks-
festen zu veranstalten, und stellte an die Re-
gierung das Ersuchen um eine Subvention.
Der Minister des Innern, Dooler, bemerkte
zunächst, daß die Veranstaltung von öffentlichen
Festlichkeiten mit dem Wunsche Sr. Majestät im
Widerspruche stehe, gewährte aber doch eine Sub-
vention von 150,000 Franken. Der Brüsseler
Oberbürgermeister Vals, welcher die Summe zu
niedrig fand, stellte in der Kammer den Antrag
auf Gewährung eines Kredites von einer Million
Franken, ließ aber mit diesem Antrag in der Kam-
mer durch und trat in Folge dessen mit allen
anderen Vertretern der Hauptstadt aus dem Fest-
komitee aus. Der Streit mit der Regierung
schien nun muthwillig dem Zaune getrieben.
Denn erstens hat die Regierung durchaus im
Sinne der königlichen Intentionen gehandelt und
zweitens ist nicht einzusehen, weshalb der Staats-
schatz erhalten muß, wenn die Brüsseler, die
höchsten sehr reich sind, sich unterhalten wollen.
— Gestern beschloß Sr. Majestät der König den
Oberbürgermeister Vals zu sich und theilte ihm
mit, daß Stanley am 20. April um 2 Uhr Mit-
tags mit dem Pariser Schnellzuge am Brüsseler
Süd Bahnhofe eintreffen werde. Dieser König
Leopold II. werden sich der Brüsseler Oberbür-
germeister und die Schöffen am Bahnhofe empfin-
den und den berühmten Reisenden begrüßen.
Stanley bezieht sich zunächst nach dem Nach-
hause, wo ihm der Ehrenwein verabreicht wird
und sodann in die ihm zur Verfügung gestellten
Gemächer im königlichen Palais. Am 24. April
bezieht sich Stanley, einer Einladung des dortigen
Gemeinderaths folgend, nach Antwerpen und
tritt am 27. April die Weiterreise nach London
an. Erst gegen Mitte des Monats Juni wird
Stanley sich dem deutschen Kaiser in Berlin
vorstellen.

Antwerpen, 4. April. Der holländische
Dampfer „Africa“ bringt vom Rango die Nach-
richt, daß die Küste Gilaango, Rufusi und Zu-
culla aus ihrem ganzen schiffbaren Theile er-
forscht seien. Die von denselben durchflossene
Gegend sei sehr reich an Palmen und werde
auch Errichtung einer Faktorei in kurzer Zeit be-
deutende Bodenerträge liefern, während die
Eingeborenen gewöhnlich nur für den eigenen
Bedarf Ackerbau trieben.

Zwischen Bonn und Nöbe sind vier neue
Posten errichtet worden. Der Dampfer „La
Belgique“, dessen Strandung neulich gemeldet
wurde, konnte wieder flott gemacht werden.
Generalgouverneur Sauten ist am 26. März
wohlbehalten in Bonn eingetroffen.

Dänemark.

Kopenhagen, 5. April. In Verfolg frü-
herer Berichte theilen wir mit, daß nunmehr
eine Aktien-Gesellschaft, zur Hauptsache bestehend
aus deutschen Gekleuten, aber unter Leitung dän-
ischer Geschäftsleute, vom Ministerium die
Konzession zur Anlage eines Hafens in der
Sünderbucht am Hammer auf Vornholm erteilt
worden ist. Die Gesellschaft, welche über ein
Aktienkapital von 3,000,000 Mark verfügt, beab-
sichtigt den Granit- und Steinbruch im großen
Stil mit einer Arbeitszahl von 800 Mann zu
betreiben. Die Kosten der Hafenanlage sind auf
250,000 Mark veranschlagt. Einen Markt für
den bekannten Granit will die Gesellschaft be-
sonders in Hannover und Holland suchen, doch
erst nach Fertigstellung des Nord-Öster-Kanals,
weil auf diesem Wege die Nordsee leichter
erreichbar werden.

Kopenhagen, 6. April. Der Zustand des
Prinzen Johann ist gestern nahezu unverändert
geblieben, gegen Abend trat etwas Besser ein.
Die Nacht war ziemlich ruhig, die Entkräftung
hat nicht zugenommen.

Schweden und Norwegen.

Aus Christiania, 30. März, schreibt ein
bortiger Korrespondent:
Der neulich erwähnte Vorschlag des rabi-
kalen Unterhannes Rinda, die königliche Apanage
um 80,000 Kr., nämlich von 336,000 Kr. auf
256,000, herabzusetzen, ist am Sonnabend vom
Storting ohne vorausgegangene Verhandlung
mit 72 gegen 30 Stimmen verworfen worden;
ebenso bewilligte das Storting ohne Verhand-
lung 8000 Kr. für eine Möblierung der Eile des
Kronprinzen im hiesigen königlichen Schlosse,
deren Verweigerung gleichfalls von einer Minder-
heit des Ausschusses beantragt worden war.
Großer Streit dagegen entstand über die Pen-
sionssumme für die entlassenen Minister Joh.
Sverdrup und Arctander, wobei über den Er-
sieren von seinem früheren Amtsgenossen, dem
rabkalen Großhändler Alfström, Aeußerungen so
unzarter und herabsetzender Art gemacht wurden,
daß sie allgemeines Mißfallen erregten.

Mit 78 Stimmen gegen 33 nahm das
Storting am 24. d. den Vorschlag des Zoll-
ausschusses an: Die Regierung zur Niederlegung
einer besonderen Kommission aufzufordern, welche
die Bedeutung und Wirkung der Handelsverträge
mit Frankreich und Spanien, deren Kündigung
für Schweden der dortige Reichstag angerathen
hat, untersuchen soll.

Die Eisenbahnvorschläge der Regierung be-
schränken sich für dieses Mal auf 3 Linien: eine
breitspurige von 51 Kilometer von Kongslinger
nach Fjilen und 2 schmalspurige von 113 und
130 Kilometer, mit einer Gesamtanlange von
12,889,000 Kr., von welcher Summe die betref-
fenden Gemeinden in Einräumung von Grund
und Boden und baaren Zuschüssen 2,415,000
Kr. bezahlen sollen. Auch für Unternehmung an-
derer Linien sind Bewilligungen verlangt. In
Gegenen, wo schon für jetzt auf den Bau einer
Bahn gehofft worden war, ist große Erregung
entstanden; in Gjövik ist das Blatt mit Trauer-
rand erschienen. Im nächsten Monat reist von
hier der Kommerzien-Rathschow zu Kristi, zu
dem Könige nahe befreundeter Mann, nach Per-
sien, um den Schah im Namen des Königs in
Erwidern des von diesem bei Gelegenheit des
Orientalisten-Kongresses geschickten Ordens den

Gold- und Papiergold.	
calen per Stück	9,70 3/4
überreig	20,34 3/4
Francs per Stück	16,21 1/2
Engl. Banknoten	20,44 1/2
Frank. Banknoten	20,34 3/4
Oesterr. Banknoten	17,00 1/2

